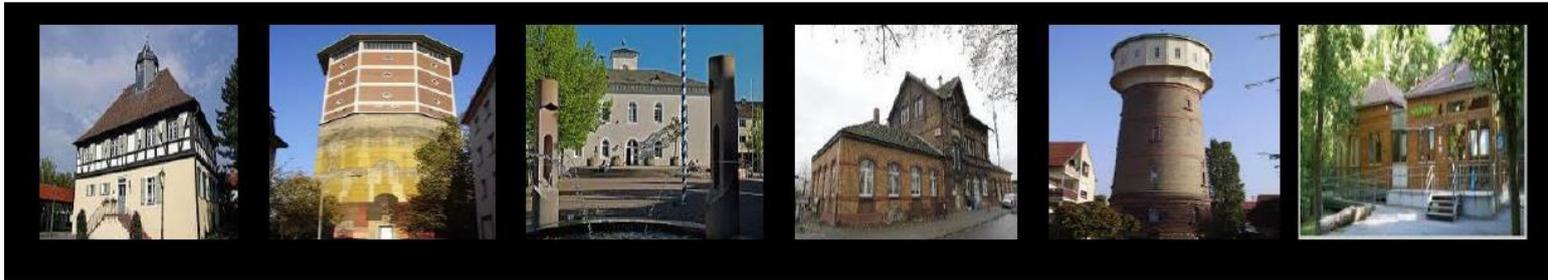




**SPD-Stadtratsfraktion Ludwigshafen**  
Wahlperiode 2014 – 2019



# Wir in LU für LU

## Nah bei den Menschen



Handlungsfelder sozialdemokratischer Kommunalpolitik 2014 – 2019

## Handlungsfelder sozialdemokratischer Kommunalpolitik 2014 - 2019

---

Die Lebensqualität in unserer Stadt mit ihren Stadtteilen zu erhalten und zu verbessern, ist eine stete Aufgabe sozialdemokratischer Kommunalpolitik. Die SPD in Ludwigshafen hat sich immer dieser Aufgabe gestellt, auch in für die Stadt wirtschaftlich schwierigen Zeiten waren wir immer bereit, Verantwortung zu übernehmen. Dies wird auch in den nächsten Jahren unser Anspruch und unser Ziel sein.

Wir wissen, insbesondere die finanziellen Herausforderungen, werden in der kommenden Legislaturperiode nicht einfacher. Deshalb ist es neben der Fortsetzung unserer nachhaltigen Konsolidierungsanstrengungen unabdingbar, dass sowohl der Bund, als auch das Land noch erheblich mehr als bisher mithelfen, die Handlungsfähigkeit der Kommunen insgesamt und insbesondere die Handlungsfähigkeit unserer Heimatstadt Ludwigshafen zu erhalten.

Wir brauchen eine gerechtere Lastenverteilung und eine angemessene, aufgabengerechte Finanzausstattung, die es ermöglicht, in unserer Stadt politische Gestaltungsmöglichkeiten zu erhalten. Was die Menschen bewegt, spielt sich in erster Linie im täglichen Leben, im Alltag vor Ort ab. Der Großteil der Aufgaben und Ausgaben ist fremd bestimmt. Das heißt: Umsetzung von Gesetzen und Verordnungen, die von der Europäischen Union, Bund und Land vorgegeben sind.

So notwendig und sinnvoll dies im Einzelnen auch ist, so notwendig und gerecht ist es auch, dass nicht nur die Aufgaben übertragen, sondern auch die dafür erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Wer bestellt, muss auch bezahlen! Wir werden uns auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass dieses Grundprinzip endlich flächendeckend in der Finanzverfassung der Bundesrepublik Deutschland verankert wird.

Wir als SPD stehen zu unserem Leitgedanken: „Sparen und dennoch gestalten“. Hierbei genießt die Maxime „Soziale Gerechtigkeit“ höchste Priorität. Wir stehen für eine Kultur der Solidarität und Fairness, die alle mit einbezieht, die mitmachen und mitgestalten möchten.

Im Zuge des demographischen Wandels muss nach unserer Auffassung auch ein zukunftsweisendes Personalbewirtschaftungskonzept für die gesamte Stadtverwaltung erarbeitet werden. Dieses zielt insbesondere auf eine für die Zukunft gerichtete Steuerung des Personalbestandes hin. Außerdem sollen mit gezielter Fortbildung, zum Beispiel aus eigenem Personal, regelmäßig auch Führungspositionen besetzt werden. Bei allem darf jedoch nicht vergessen werden, dass hinter jeder nüchternen Nummer oder Zahl auch Menschen stehen, die wiederum eine Familie versorgen müssen. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist es wichtig, einen guten gemeinsamen Weg zu finden.

Wir wollen für unsere Stadt das Beste, damit Ludwigshafen eine Stadt mit Zukunft bleibt. Wir wollen weiterhin die Voraussetzungen schaffen, dass man gerne in Ludwigshafen lebt und arbeitet sowie gerne hier zu Hause ist.

Für die Abarbeitung der vor uns liegenden Aufgaben laden wir alle ein mitzuhelfen. Wir freuen uns über jede Mitbürgerin und jeden Mitbürger, der bereit ist, sich für unsere Heimatstadt im

Interesse des Gemeinschaftsgedankens zu engagieren. Gemäß dem Motto: „Mitsprache, Mitwirkung und Mitverantwortung“.

Die SPD in Ludwigshafen steht auch künftig für eine solide und zukunftsorientierte Kommunalpolitik. Für Bürgernähe, Verlässlichkeit und Kontinuität. Wir reden nicht nur darüber, sondern wir setzen dies auch um.

Wir blicken nach vorne. Mit den nachfolgenden Handlungsfeldern zeigen wir Ihnen die Schwerpunkte unserer kommunalpolitischen Arbeit für die Jahre 2014 bis 2019.

## **Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung**

---

Die Bestrebungen, unsere Heimatstadt Ludwigshafen zu einer zukunftsfähigen Stadt und als Oberzentrum weiterzuentwickeln, ist eine der vordringlichsten kommunalpolitischen Arbeit der SPD. Leben, Wohnen und Arbeiten in Ludwigshafen muss einen hohen Standard haben. Wir möchten, dass unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger gerne in Ludwigshafen wohnen und Neubürgerinnen und -bürgern umweltfreundlichen und attraktiven Wohnraum anbieten. Deshalb bleibt unser vorrangiges Ziel, die Stadtfucht zu verhindern und mit Angeboten die Wohnqualität in unserer Stadt zu sichern und zu erhöhen. Dies gilt gleichermaßen für die Innenstadt, wie für die Stadtteile. Eine Stadt lebt aber auch von ihren attraktiven Arbeitsplatzangeboten, ihrer Infrastruktur und ihren urbanen Lebensmöglichkeiten. Wir bekennen uns uneingeschränkt zum Chemiestandort Ludwigshafen. Wir arbeiten daran, dem Gewerbe und dem Handel den notwendigen Stellenwert zu ermöglichen und die entsprechenden Rahmenbedingungen dafür zu schaffen:

### **Bauen und Wohnen**

- In Neubaugebieten attraktiven Wohnraum schaffen
- Für junge Familien kostengünstiges Wohneigentum ermöglichen und im Mietwohnungsbau bezahlbaren Wohnraum schaffen
- Das Wohnumfeld in den vorhandenen Wohnquartieren verbessern
- Beim Neubau und Sanierung von Gebäuden auf energetische Verbesserungen achten
- Bei Sanierung von Gebäuden auf die Belange der Behinderten und der älteren Menschen achten
- Das Programm „Soziale Stadt“ soll weiter geführt werden
- Die Bebauung Rheinufer-Süd vorantreiben
- Bau von Studentenwohnungen in der Innenstadt

### **Industrie, Handel und Gewerbe**

- Den BASF Standort Ludwigshafen sichern
- Gewerbegebiete für Handel, Handwerk und Dienstleistung erschließen
- Ärztliche Versorgung auch durch Gesundheitszentren verbessern
- Innenstadt gestalterisch aufwerten und mit attraktiven Einkaufsmöglichkeiten beleben

- Wohnortnahe Versorgung im Lebensmittel- und Dienstleistungsbereich in den Stadtteilen sichern

## **Sanierung von Schulen und Kindereinrichtungen**

- Die Vorsorge und Fürsorge von Kinder- und Jugendeinrichtungen hat einen besonderen Stellenwert. Der bisherige Weg der SPD, die Sanierung und den bedarfsgerechten Ausbau dieser Einrichtungen weiter zu führen, ist der richtige Weg für die Zukunft.

## **Straßen und Infrastruktur**

- Um die Stadt mobil zu halten ist es weiterhin notwendig Mittel für den Straßenbau und für den Erhalt des Schienennetzes des ÖPNV im Haushalt einzuplanen.
- Die Straßenausbauprogramme in den Stadtteilen sind weiterzuführen
- Die Hochstraße Nord ist für Ludwigshafen und für die Region eine wichtige Verkehrsader. Sie muss erhalten bleiben und ihr Umbau wesentlich durch Bund und Land mitfinanziert werden
- Die Verkehrsanbindung zum Neubaugebiet Melm über die Mittelpart/ Sudetenstr. muss verbessert werden
- Weiterer Ausbau der Brunckstraße, von der Langgartenstraße bis Carl Bosch Straße ist notwendig
- Ausbau der Hohenzollernstraße
  
- Ausbau des Radwegenetzes

## **Integration/ Migration**

---

Integration und Migration geht uns alle an. Die Frage der Herkunft darf kein Schicksal sein. Dies ist ein Anspruch der SPD, der schon immer Gültigkeit hatte. Alle Menschen sollen die gleichen Chancen auf die Teilhabe an der Gesellschaft haben.

Seit über 50 Jahren sind in Ludwigshafen viele Bürgerinnen und Bürger mit Einwanderungsgeschichte zu Hause. Für die SPD in Ludwigshafen war von Beginn an ganz wesentlich, Migrantinnen und Migranten in die politische Willensbildung mit einzubinden. Ein wichtiger Schritt war auch die Einrichtung eines Beirates für Migration und Integration, der in allen Fragen der Migration betreffend zu hören ist.

Für uns als SPD ist Integration und Migration eine dauerhafte Aufgabe. Wer bei uns lebt, gehört zu uns. Grundlage des Zusammenlebens unserer Gesellschaft ist das Grundgesetz, nach dem alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind (Artikel 3, Absatz1). Damit werden allen Bürgerinnen und Bürgern – ausdrücklich ungeachtet von Herkunft und Religion – gleiche Rechte garantiert, aber auch gleiche Pflichten auferlegt. Wo Einwanderer aufgefordert sind sich zu integrieren,

müssen sie aber auch über alle Möglichkeiten verfügen, um am Leben unserer Gesellschaft teilnehmen zu können.

Als Sozialdemokraten/Innen verstehen wir Chancengleichheit und wechselseitige Anerkennung als Basis und das Ziel für all die Menschen, die dauerhaft in Deutschland leben. Dafür braucht es eine vorsorgende, präventive Gesellschaftspolitik. Gemeinsam mit vielen anderen schon engagierten und bestehenden Institutionen innerhalb und außerhalb der SPD, Chancengleichheit in den Bereichen Bildung, Ausbildung, des Berufslebens und des Wohnens, sowie in kulturellen und religiösen Bereichen herzustellen. Damit wollen wir zu einem menschlicherem und sozial gerechterem vielfältigen Zusammenleben beitragen und die Teilhabe von Menschen mit Einwanderungsgeschichte fördern. Uns liegt daran, Dialog und Austausch zu schaffen mit Verbänden und der Selbstorganisation von Migranten, sowie Vertretern aus Zivilgesellschaft, den Religionsgemeinschaften, Wissenschaft, der Wirtschaft und den Gewerkschaften proaktiv zu fördern und einzufordern.

- Die Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle zu ermöglichen
- Die Einführung anonymer Bewerbungsunterlagen einzufordern, damit tatsächliche Gleichheit besteht für Menschen jeglicher ethnischer Herkunft, Religionszugehörigkeit, jeden Alters, Geschlechts und Familienstandes
- Die Anerkennung internationaler Studiengänge und berufliche Qualifizierung für Menschen, die in der Bundesrepublik arbeiten wollen
- Die kritische Beobachtung der Berichterstattung in den Medien
- Zu einer offenen und sachkundigen Diskussion über religiöse Fragen und der gesellschaftlichen Zusammenhänge beizutragen
- Impulse zur Weiterentwicklung der sozialdemokratischen Politik für Vielfalt und Teilhabe zu geben und diese themen- und strukturübergreifend als Schwerpunkte der SPD zu verankern
- Vielfalt und interkulturelle Öffnung innerhalb der SPD vorantreiben
- Menschen mit Migrationsgeschichte für sozialdemokratische Politik zu gewinnen

## **Kinder und Jugend**

---

Wir wollen Kinder und Jugendliche stark machen für den Start in ein selbstbestimmtes Leben. Daher sind die Schaffung und der Erhalt eines dichten sozialen Netzes erforderlich. Hierzu gehört einerseits Bildung, auch außerhalb der Schule, in Kitas und Jugendeinrichtungen sowie der Schutz vor körperlicher und seelischer Gewalt. Zunehmend müssen wir im Bereich der digitalen Welt gerade für Kinder und Jugendliche eine Werteorientierung geben.

Trotz knapper Kassen wollen wir für unsere Kinder und Jugendlichen Zukunftschancen schaffen:

### **Kindertagesstätten**

- Weiterhin bedarfsgerechter Ausbau der Krippen und Kindertagesstätten
- Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer
- Bedarfserhebung der Öffnungszeiten und entsprechender Anpassung

- Qualität in den Einrichtungen erhalten und Sprachförderung ausbauen

### **Kinder- und Jugendfreizeitstätten**

- Erhalt aller Einrichtungen
- Bedarfsermittlung der Hausaufgabenbetreuung
- Zusammenarbeit mit Schulen, Straßensozialarbeit und anderen Einrichtungen stärken
- Übergang in den Beruf unterstützen, Abbau der Jugendarbeitslosigkeit und Ausbau der Jugendberufshilfe
- Stärkung der Straßensozialarbeit

### **Jugendschutz**

- Konzepte zur verstärkten Aufklärung zu den Themen Glücksspiel, Gefahren im Internet und Mobbing unter Nutzung vorhandener Angebote

### **Bekämpfung der Kinderarmut**

- Erhalt des Sozialfonds, um allen Kindern und Jugendlichen die Teilnahme am Essen in Ganztageeinrichtungen zu ermöglichen

### **Übergangmanagement Kindergarten - Schule – Beruf**

- Ausbau der Vernetzung von Grundschulen und Kindergärten
- Übergangsquote junger Menschen in Ausbildung oder in den Beruf erhöhen zur Verhinderung von hoher Jugendarbeitslosigkeit und Fachkräftemangel
- nachhaltige Programme zur Unterstützung der Vorbereitung zur Berufsorientierung und Berufswahl z.B. nachhaltiger Einsatz von Berufslotsen, Praxistag, Nachfolgeprojekt von Küm. > auch zur Integration von schwachen Jugendlichen und von Jugendlichen mit Migrationshintergrund

### **Kultur**

---

Kunst und Kultur sind unverzichtbarer Teil des kommunalen Gemeinwesens. Ludwigshafen hat kulturell viel zu bieten: Wilhelm-Hack-Museum, Ernst-Bloch-Zentrum und Theater im Pfalzbau sind wichtige Kulturinstitutionen unserer Stadt, die es zu erhalten gilt. Wir wollen, dass diese Einrichtungen für alle Bevölkerungsgruppen da sind.

Die meistgenutzte Kultureinrichtung unserer Stadt ist unsere Stadtbibliothek: sie ist ein bedeutender Ort der Bildung für alle Gesellschaftsschichten. Deshalb bekennen wir uns zur Sanierung und Modernisierung der Zentralbibliothek und zur Präsenz der Bibliothek in der Fläche.

Mit dem Wilhelm-Hack-Museum verfügt Ludwigshafen über ein bundesweit renommiertes Kunstmuseum, das mit attraktiven Wechsausstellungen bundesweit immer wieder auf sich aufmerksam macht. Diesen eingeschlagenen Weg wollen wir weiter gehen. Besonders mit dem interkulturellen Hack-Garten hat das Museum neue Wege auch zu sogenannten kunstfernen Gruppen gefunden - die beispielhafte Gemeinwesensarbeit wollen wir gerne auch in Zukunft unterstützen.

Neben den städtischen Kultureinrichtungen sind es die Kulturinitiativen und die Künstlerinnen und Künstler vor Ort, die für ein lebendiges städtisches Leben sorgen. Für uns hat die Förderung der freien Kultur hohe Priorität. Kooperationen von städtischen Stellen mit der freien Szene tragen zur Förderung einer vielfältigen Szene bei.

Kultur in Ludwigshafen ist immer auch im Kontext des kulturellen Lebens in der Metropolregion Rhein-Neckar zu sehen. Regional zu denken ist in vielen Bereichen für die Kommunalpolitik ein Muss. Es sind nicht nur Spareffekte, die es zu erreichen gilt, sondern das Mehr der Region an Angeboten für jeden Einzelnen.

- Wilhelm-Hack-Museum, Ernst-Bloch-Zentrum und Theater im Pfalzbau prägen das Ludwigshafener Kulturleben. Sie sind als städtische Kulturinstitutionen unverzichtbar
- Wir setzen uns für eine Preispolitik ein, die Kultur allen Bevölkerungsgruppen zugänglich macht
- Kultur in Ludwigshafen ist immer im Kontext des kulturellen Lebens in der Metropolregion Rhein-Neckar zu sehen. Wir sehen Synergien durch verbesserte und intensivere Kooperation in der Metropolregion als Garanten für ein breites Kulturangebot - zum Vorteil der Kulturmacher und -nutzer.
- Wir wollen die Präsenz der Stadtbibliothek in den Stadtteilen auch in Zukunft sicherstellen; die Sanierung und Modernisierung der Zentralbibliothek in der Bismarckstraße (2. Bauabschnitt) soll zeitnah realisiert werden
- Das Wilhelm-Hack-Museum macht durch regelmäßige attraktive Wechsausstellungen bundesweit auf sich aufmerksam – diesen Weg wollen wir weiterhin gehen; wir stehen für die Weiterführung des eintrittsfreien Samstags und des freien Eintritts für Schulklassen.
- Unser Theater im Pfalzbau hat als traditionelles, qualitätsvolles Gastspielhaus - ohne eigenes Ensemble - ein eigenes, unverwechselbares Profil. Dieses Profil gilt es in der Zukunft programmatisch weiter zu stärken und zu schärfen.
- Wir wollen mehr Verteilungsgerechtigkeit zwischen „großer“ und „kleiner“ (freier) Kultur erreichen
- Die vorrangige Aufgabe des Kulturbüros sehen wir in Betreuung, Beratung (z.B. Fundraising) und Förderung von Künstlern und freier Szene
- Wir unterstützen die Bewerbung Mannheims und der Metropolregion Rhein-Neckar als europäische Kulturhauptstadt Europas; wir wollen aus der administrativen Unterstützung der Bewerbung weitere Synergieeffekte im Kulturbereich, insbesondere im Kulturbüro, generieren
- Wir fordern eine kontinuierliche Kulturberichterstattung - als Basis für angepasste Strategien

## Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

---

Die Mobilität einer Stadt ist eng mit ihrer Entwicklung verbunden. Hierzu gehört auch der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV), als integraler Bestandteil des gesamten Verkehrs-systems. Er ist eine wichtige Daseinsvorsorge für die Menschen. Darüber hinaus ist der ÖPNV ein nicht unerheblicher Standortfaktor, der mit zur Verbesserung der Lebensqualität unserer Stadt beiträgt. So sorgen öffentliche Verkehrsmittel für eine Entlastung des Individualverkehrs auf unseren Straßen und tragen somit zum Schutz der Umwelt bei. Gerade im Rahmen der vorgesehenen Sanierung bzw. Umgestaltung der „Hochstraße Nord“, ein sicherlich längerfristiges Projekt, kommt dem ÖPNV und dessen Ausgestaltung innerhalb der Stadt sowie der gesamten Region eine große Bedeutung zu:

- Um die Mobilität vieler Menschen zu erhalten, brauchen wir in Ludwigshafen und der Region auch künftig einen bedarfsorientierten und bezahlbaren öffentlichen Personennahverkehr.
- Dies gilt auch für die Schülerbeförderung. Und zwar unter Berücksichtigung und Einhaltung des Schulgesetzes von Rheinland-Pfalz.
- Nur attraktive öffentliche Verkehrsmittel sind in der Lage, Fahrgäste zu binden und neue Kunden zu gewinnen. Dies gilt auch für die Kundenfreundlichkeit und Einhaltung der Fahrzeiten und im Fahrplan angegebenen Takte.
- Vorhaltung einer entsprechenden ÖPNV-Infrastruktur im Hinblick auf Modernität, Komfort, Sauberkeit, Sicherheit sowie Kundenfreundlichkeit und Serviceorientierung.
- Weitere barrierefreie Umgestaltung der Haltestellen und Zugänge zu den einzelnen Haltepunkten. Im Personenbeförderungsgesetz ist die vollständige Barrierefreiheit bis zum 1. Januar 2022 als Zielbestimmung verankert.
- Sanierung und Ausbau der Straßenbahnlinie 10
- Umsetzung der Infrastrukturmaßnahmen „RHB 2010“. Modernisierung der Infrastruktur und Verbesserung des Angebotes durch kürzere Taktzeiten und schnellere Fahrzeiten.
- Fortschreibung des im Jahr 2004 vom Stadtrat verabschiedeten Nahverkehrsplanes der Stadt Ludwigshafen unter Berücksichtigung neuer Aufgaben und Rahmenbedingungen
- Vernetzung der Angebote mit denen der anderen Verkehrsunternehmen in der Region. Unter anderem mit der S-Bahn Rhein- Neckar und dem BRN. Die Anschlüsse an den zentralen Umsteigeknotenpunkten sollten untereinander abgestimmt sein, um lange Wartezeiten zu vermeiden. Dies gilt u. a. auch für das Umsteigen am Berliner Platz/S-Bahnhof Mitte und den S-Bahn Haltepunkten Mundenheim und Rheingönheim.

## Recht, Sicherheit und Ordnung

---

Ludwigshafen übernimmt auch in diesem Bereich mehrfach die Vorreiterrolle im Land.

- Das Ludwigshafener Haus des Jugendrechts, **JURELU**, ist beispielgebend für die Häuser des Jugendrechts in Rheinland Pfalz und dient der Stadt Mannheim als Vorbild für deren gerade beschlossenes Haus. Das im JURELU durchgeführte Projekt *Frühe Intervention bei Strafmündigen*, „FibS“ und die daraus hervorgegangene wissenschaftliche Evaluation ist in der Bundesrepublik einzigartig und von der Fachöffentlichkeit mit Anerkennung aufgenommen worden. Der **Rat für Kriminalitätsverhütung** sowie die themenbezogenen **runden Tische** in Ludwigshafen, bei denen sich die verschiedenen Berufsgruppen zur gemeinsamen und effektiven Zusammenarbeit an einen Tisch setzen, sind Beispiele für die gelungene Arbeit, die von der SPD angestoßen wurde und für die wir uns auch weiterhin einsetzen werden.

Die guten Ansätze müssen hier fortgesetzt, vertieft und weiterentwickelt werden. Darunter fällt auch die Gefahrenabwehrverordnung für den Berliner Platz, die im gesetzlich möglichen Rahmen als zielführendes und erfolgreiches Instrument beibehalten werden muss.
- Die Erwartungshaltung der Bürger, Unternehmen und Institutionen zur **Präsenz und Kontrolltätigkeit der Ordnungsbehörden** ist auch im Zuge der immer aktuelleren Medienberichterstattung gewachsen. Die objektive Sicherheitslage in Ludwigshafen ist zwar sehr viel besser als das subjektive Sicherheitsempfinden vieler Bürger, was die Kriminalitätsstatistiken eindeutig belegen. Es gilt jedoch, dem subjektiven Sicherheitsgefühl der Bürger und deren Ängste und Bedenken angemessen und wirkungsvoll Rechnung zu tragen.
- Voraussetzung dafür ist vor allem, dass eine angemessene Kontrolltätigkeit durch die Verwaltung stattfindet, wofür **dauerhaft ausreichend qualifiziertes Personal** vorgehalten werden muss. Zwar ist die Verwaltung im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten schon heute darum bemüht, zum Beispiel bei der Kontrolle von Wettbüros, Gaststätten mit Spielmöglichkeiten, illegaler Wohnungsprostitution oder dem ruhenden Verkehr die Kontrollen so zeitnah wie möglich durchzuführen. Die Anzahl der Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen deuten allerdings darauf hin, dass der vorhandene Personalbestand nicht ausreicht, um der Sachlage in allen Fällen angemessen begegnen zu können.
- Durch eine **höhere Präsenz der Ordnungskräfte** können auch die sogenannten „Angsträume“ in der Stadt und den Stadtteilen verringert werden. Dies trägt zu einer Verbesserung sowohl der objektiven Sicherheit als auch und vor allem zu einer Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bevölkerung bei. Dies ist ein wichtiger Faktor und ein Beitrag dazu, dass Menschen gerne in Ludwigshafen leben und arbeiten und sich mit ih-

ren Familien wohlfühlen.

Die SPD fordert daher nachdrücklich die **aufgabenorientierte personelle Ausstattung des Bereichs Ordnung** um die erforderlichen und von den Bürgerinnen und Bürgern erwarteten **zeitnahen, effektiven Kontrolltätigkeiten** sicherzustellen und die **Präsenz der Ordnungskräfte** in einem angemessenen Maße zu gewährleisten.

- Die **Verwaltung insgesamt bürgerfreundlicher** zu machen ist ein Anliegen, das die SPD schon lange im Blick hat. Hier wurden bereits erste Anstöße dahingehend gegeben, das behördliche Genehmigungsverfahren zu vereinfachen. Die zum Teil komplizierten, umfangreichen und langwierigen Verfahren sollen transparenter und überschaubarer, bürger- und unternehmensfreundlicher und damit noch effizienter und schneller gemacht werden.

## **Schule und Bildung**

---

Bessere Bildung und eine gute wissenschaftliche Forschung sind ein wichtiger Schlüssel für Innovationen und Wachstum. Mit dem Programm „Bildung von Anfang an“ nimmt Rheinland Pfalz hier eine Vorreiterrolle ein.

Die Ausstattung von Kommunen und Städten mit schulischen Angeboten ist ebenso ein Standortfaktor wie deren Ausstattung mit kulturellen Angeboten und sozialen Einrichtungen.

Besonders an den Bildungseinrichtungen geht die veränderte gesellschaftliche Entwicklung nicht spurlos vorbei. Nachhaltig haben sich die Familien- und Lebensverhältnisse von Kindern und Jugendlichen verändert. Soziale Probleme reichen heute bis in den pädagogischen Alltag des schulischen Unterrichts hinein.

So muss eine gute Schule heute auch die Lebensumwelt von Kindern und Jugendlichen in ihren Unterricht und ihre erzieherische Arbeit einbeziehen. Unsere Schulen werden seit den 90er Jahren mehr und mehr als wichtiger Lebensort von Kindern und Jugendlichen begriffen, der weit mehr als reiner Lernort ist.

Gute Schulen benötigen verlässliche Perspektiven. Deshalb ist Bildung- und Schulpolitik für die SPD-Ludwigshafen auch in Zeiten knapper Kassen ein wichtiges und zentrales Thema. Wir brauchen gut eingerichtete Schulen mit einem zeitgemäßen Standard, denn guter Unterricht erfordert eine angenehme Lernatmosphäre. So muss sich Schulentwicklungsplanung an vielen Anforderungen messen lassen, nicht zuletzt aber auch an der finanziellen Machbarkeit:

### **Schulstruktur**

- Erhalt der Vielfalt an schulischen Angeboten
- Momentan keine Einführung einer Fachoberschule an Realschule+ (FOS), da sehr gutes System der berufsbildenden Schulen

- Stabilisierung der Anmeldezahlen am G8 in Mundenheim als Ziel; Mensa-Provisorium zunächst beibehalten
- Prüfung der Notwendigkeit einer 4. IGS unter Berücksichtigung eines möglichen Standortes (Fernziel)
- Erhalt Schullandheim Ramsen nach Umstrukturierung mit Hilfe eines Fördervereins

## Infrastruktur

- muss gewährleistet sein, um eine quantitativ und qualitative sachgerechte Ausstattung vorzuhalten.
- Sanierung der Schulen unter energetischen Gesichtspunkten
- Ausbau vorhandener Schulen, vorrangig Anpassung Raumprogramm > Realschule +, IGS Edigheim
- Anpassung der Raumbedarfe an Schulen durch neue Messzahlen (deutliche Verbesserung der Voraussetzung für guten Unterricht durch kleinere Klassen / hohe Kosten für die Stadt)
- Zügige Umsetzung der Brandschutzauflagen
- Fachklassensanierung
- Zügiger Ausbau der Hochschule Ludwigshafen
- Realisierung einer Internetplattform für Studenten sowie eines Willkommen-Pakets in Verbindung mit dem Marketingverein

## Schulsozialarbeit

- fachpolitisch zugeordneten „Brückenfunktion“ zwischen der Jugendhilfe und der Sozialisationsinstanz Schule
- Intensivierung als eine zusätzliche Ressource, die die pädagogische Qualität der Schule weiterentwickeln hilft und das Repertoire pädagogischer Arbeitsformen und Lernchancen erweitert.
- Erhalt der Stellen der Schulsozialarbeiter auf dem Stand vor Bildungs- und Teilhabebehapaket
- Forderung nach Ausbau > Weiterführung des Programms wie bei Bildungs- und Teilhabebehapaket
- Rechtliche Verankerung der Schulsozialarbeit auch für Grundschulen und Gymnasien

## Inklusion

- grundlegende Änderung der Voraussetzungen in den Schulen, bevor die Inklusion behinderter Kinder in „einer Schule für alle“ möglich ist.
- Erhalt der Förderschulen mit einer umfassenden individuellen Förderung unserer beeinträchtigten Kinder
- Beachtung des Elternwillens nach intensiver Beratung

## Ganztagschulen

- In Rheinland Pfalz über 600 Schulen als Ganztagschule = 40 % der Schulen im Land
- Realisierung weiterer Ganztagschulen im Rahmen der Nachfrage von Eltern und Lehrpersonal sowie der finanziellen Möglichkeiten
- Nutzung von Landes- und Bundesprogrammen (sachgerechter Ausbau des Ganztagschulangebotes).

## Haushalt

- Haushaltsansätze „Bewegliches Vermögen“, „Sachmittel“ und „Bauunterhalt“ auf gleichem Niveau weiterführen > Planungssicherheit
- Weiterführung Sozialfond

## Schulweg

- Gewährleistung von ausreichenden Schülerverkehren
- Überprüfung der Sicherheit von Schulwegen und Beseitigung von Gefahrenpunkten.
- Anpassung des ÖPNV an die Erweiterung des Angebotes von Schulen > IGS Edigheim
- Öffnung des Posttunnels zum fußläufigen Anschluss der Hochschule und der BBSen

## Inhaltliche Ausrichtung der Schulen

- Ausbau der Sprachförderung zur Erhöhung der Chancen des Zugangs zu Bildung von Schülerinnen und Schülern.
- Profilbildung der Schulen (z.B. Internationale Abschlüsse) im Hinblick auf die Darstellung der Metropolregion.
- Weiterführung der Begabtenförderung in Form des „Entdeckertages“

## Sozialpolitik

---

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kämpfen für eine Sozialpolitik, die den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Ludwigshafen am Rhein gerecht wird.

Die Stärke einer Gemeinschaft beweist sich unter anderem darin, wie sie mit ihren Schwächsten umgeht. Gerade in schwieriger werdenden Zeiten werden wir auf die soziale Balance besonders achten.

Eine aktive Sozialpolitik ist ein elementarer Baustein unserer Stadtpolitik. Nur mit ihr kann der gesellschaftliche Konsens gesichert werden:

- Trotz angespannter Finanzlage müssen wir versuchen jede Art von Armut ( Kinder- und Altersarmut ) zu bekämpfen. Hier ist darauf zu achten, dass kein Kind in der Kindertagesstätte oder in der Schule ohne Mittagessen sein darf. Menschen im Alter müssen die Chance an der gesellschaftlichen Teilhabe weiterhin haben und müssen diese auch finanzieren können. Die vorhandenen Möglichkeiten sind in diesem Sinne zum Wohle der Menschen zu nutzen.
- Straßensozialarbeit und Schulsozialarbeit sind vorbeugende Maßnahmen im Sozialbereich. Sie helfen in allen Bereichen spätere erheblich höhere Folgekosten im Sozialbereich zu vermeiden.
- Energieeffizienter Sozialer Wohnungsbau muss wieder stärker und wirkungsvoll durch Bund und Land gefördert werden. Den Mietpreissteigerungen muss durch ein vernünftiges und menschenwürdiges Wohnungsangebot entgegen gewirkt werden.
- Der Bau energieeffizienter barrierefreier Wohnungen muss gefördert werden.
- Der Bau von altersangemessenem energieeffizientem Wohnraum muss gefördert werden.
- Das vorhandene Seniorenkonzept in unserer Stadt, das Freizeitbetätigungen, Bildungsziele und Gesundheitsangebote beinhaltet, muss weiterhin kontinuierlich fortentwickelt werden. Bisherige Erfahrungen und Kenntnisse sind immer wieder neu mit einzubinden. Die Vorschläge der Senioren / innen sind zu prüfen und wenn möglich zu realisieren.
- Behinderte Menschen haben in Ludwigshafen am Rhein ihren Platz mitten in der Gesellschaft. Barrierefreiheit darf nicht nur ein Begriff aus dem Bereich Bauen und Verkehr sein, sondern er gilt für alle Bereiche des täglichen Lebens. Der von der SPD initiierte Behindertenbeirat muss sofort nach den Kommunalwahlen 2014 mit Leben erfüllt werden.
- In der Pflege gilt weiterhin ambulant vor stationär. Wir setzen uns für eine menschenwürdige Pflege ein. Wir fordern eine strenge Überprüfung auf Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften beim Pflegeschlüssel und den Pflegestandards. Wir wollen pflegebedürftigen Menschen Raum geben, sich zu treffen, zu kommunizieren und ihre Fähigkeiten einzusetzen.
- Wir wollen verhindern, dass Menschen mit Demenz oder ihre Familien in die Isolation geraten oder sich aus falscher Scham aus der Gesellschaft zurückziehen. Dafür müssen wir die notwendigen Maßnahmen auf den Weg bringen. Dazu wollen wir zur Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung in der Öffentlichkeit beitragen und die Begegnung von Menschen mit und ohne Demenz fördern.
- Die erfolgreiche kommunale Gesundheitsprävention ist fortzusetzen und auszubauen. Wir stehen weiterhin zum Klinikum Ludwigshafen am Rhein in kommunaler Trägerschaft.
- Einwohner mit Migrationshintergrund müssen weiterhin gefördert und gefordert werden. Dies gilt vor allem im Bereich „Sprache“. Wir verstehen dies als vorbeugende Sozialpolitik.
- Wir wollen eine Kommunalverwaltung mit starken interkulturellen Kompetenzen und wollen sie entsprechend organisatorisch und personell ausrichten. Wir fördern Netzwerke

der Vielfalt.

- Die Einführung eines Sozialticket im ÖPNV Verbundbereich muss angeboten werden.
- Es muss gewährleistet werden, dass durch ständige Kontrollen der Verwaltung das Tariftreuegesetz Rheinland-Pfalz in allen Bereichen der öffentlichen Auftragsvergabe eingehalten wird.
- Die SPD fordert einen zusätzlichen eigenständigen Sitz für den Seniorenrat im Sozialausschuss
- Die Zuschüsse an die Sozialverbände müssen erhalten bleiben. Kostensteigerungen bei den Verbänden sollen in der Zukunft berücksichtigt werden.

## **Sport und Ehrenamt**

---

Sport und Ehrenamt haben für unsere Stadt eine große gesellschaftliche Bedeutung. Sport verbindet und integriert, bringt Menschen zusammen, ob Jung und Alt, Frauen und Männer, Menschen mit und ohne Behinderungen, unabhängig von ihrer Nationalität, religiöser und politischer Orientierung. Und vor allem: Sport fördert die Gesundheit sowie Lebensfreude, ebenso demokratische Verhaltensweisen, wie Toleranz und Fairplay. Deshalb hat die Förderung des Sports und des Ehrenamtes bei der SPD eine hohe Priorität:

- Die öffentlichen Sportanlagen sollen, wie im Sportfördergesetz des Landes RLP festgeschrieben, den Vereinen weiterhin unentgeltlich zur Verfügung stehen
- Erhalt der städtischen Zuschüsse für Vereine und den Sport im Allgemeinen auf dem derzeitigen Niveau. Wesentlich: Planungssicherheit der Vereine für ihre ehrenamtliche Arbeit
- Priorität hat die Förderung der Vereine mit eigenen Anlagen sowie die Jugendarbeit
- Förderung von regionalen und überregionalen Sportveranstaltungen als positive Imagefaktoren für die Stadt.
- Nach Sanierung der Beckenlandschaft wünschenswerte weitergehende Sanierung (Bestandsgebäude) des Freibades am Willersinnweiher
- Fortführung des Sonderprogramms „Sanierung der Bezirks-Sportanlagen“
- Fortführung des Sonderprogramms „Förderung von ehrenamtlichen Eigeninitiativen“
- Jährliche Förderung einer investiven Maßnahme in Verbindung mit dem Landesprogramm „Goldener Plan“

- Unterstützung der Forderung des Ludwigshafener Sportverbandes, die bürgerschaftlichen Mitglieder des Sportausschusses selbst benennen zu können.

## **Städtische Tochterunternehmen**

Verlässliche Daseinsvorsorge durch kommunale Unternehmen ist für unsere Stadt wichtig und unverzichtbar. Unsere städtischen Tochterunternehmen sind dem Gemeinwohl verpflichtet und haben eine besondere Verantwortung gegenüber der Stadt und den Bürgerinnen und Bürgern. Sie sind schon seit Jahrzehnten verlässliche Partner und qualifizierte Leistungsträger im Erbringen von Dienstleistungen vor Ort. Für die SPD ist es daher wichtig, die kommunale Daseinsvorsorge so auszurichten, dass sich die Bürgerinnen und Bürger auch künftig darauf verlassen können, dass die von ihnen benötigten täglichen Leistungen in ihrer Nähe in bedarfsgerechter Form angeboten werden:

- Konzern Stadt, ständiger Prüfauftrag einer Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, WBL und „städtischen Tochtergesellschaften“ hinsichtlich der Nutzung von Synergien
- Erhalt der städtischen Tochtergesellschaften in Eigenständigkeit unter Verantwortung der Stadt
- Stärkung städtischer Tochterunternehmen und deren Arbeitsplätze durch das Generieren möglicher neuer und Ausbau bestehender Geschäftsfelder
- Keine betriebsbedingten Kündigungen, Sicherung der Beschäftigungsverhältnisse auf hohem Niveau (Verwaltung, WBL und alle städtischen Tochterunternehmen)
- Bei Notwendigkeit strategischer Partnerschaften oder Allianzen; Beteiligungen Dritter nur mit der Zielsetzung
  - Sicherung und Ausbau der Zukunftsfähigkeit der Unternehmen
  - Sicherung der Beschäftigung auf hohem Niveau
  - Beibehaltung der kommunalen Verantwortung
- Führung des WBL gemäß Eigenbetriebsverordnung RLP, insbesondere § 11 EigAnVO
  - Maßnahmen zur Erhaltung des Vermögens und der Leistungsfähigkeit um eine technische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Eigenbetriebs zu gewährleisten
- Re-Kommunalisierung öffentlicher Aufgaben (Eigenleistung vor Fremdvergabe im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge)
- Bei allen angestoßenen Veränderungsprozessen innerhalb der Stadtverwaltung sowie der städtischen Tochterunternehmen ist rechtzeitig und zeitnah eine aktive Beteiligung

und Einbeziehung der Personal- bzw. Betriebsräte der jeweiligen Unternehmen unerlässlich.

## Umwelt

---

Seit Fukushima und der dadurch eingeleiteten Energiewende sind die Themen Umwelt und Energie viel stärker in das Bewusstsein der Menschen gerückt.

Die Frage, wo kommt die Energie her, wie wird sie erzeugt und was kostet sie, ist in der Wahrnehmung der Bürger deutlich nach vorne gekommen.

Für die SPD ist es wichtig, dass eine nachhaltige Verbesserung der Lebensqualität nicht gegen die Themen Umwelt und Energie ausgespielt wird.

Das Thema Umwelt ist für die SPD als Querschnittsthema selbstverständlich geworden. Das heißt, jedes kommunale Thema wird daraufhin überprüft, ob umweltpolitische Aspekte berührt sind, wohlwissend, dass Landes- und Bundesgesetze hier den bestimmenden Rahmen vorgeben.

Die SPD hat sich dafür stark gemacht, dass wir in Ludwigshafen, in den klassischen Themengebieten – Naturschutz – Gewässerschutz – Bodenschutz – Abfall – Immissionsschutz einen Standard erreicht haben, der dem Bürger das Gefühl der Sicherheit vermittelt.

Auch bei den zukünftigen Herausforderungen an eine städtische Entwicklung, wird die SPD Wert darauf legen, dass bei einer nachhaltigen und breiten Diskussion, die Belange der Umwelt immer berücksichtigt werden. Demografische Entwicklung, Energieeffizienz, Mobilität, Gestaltung von Bebauungsplänen, sind hier nur einige Stichworte.

Wir unterscheiden zwischen **Daueraufgaben**, bei denen wir auf einen hohen Standard Wert legen und **Projekten**, mit denen der umweltpolitische Rahmen erweitert werden soll, um die Lebensqualität gerade in einem städtischen Umfeld weiter zu verbessern, letztlich gilt Umwelt für alle Bereiche:

### Daueraufgaben

- Luftüberwachung und Luftreinhaltung in enger Zusammenarbeit mit der Industrie
- Reduktion von Lärm, Staub und Abgasen
- Gewässerschutz
- Überwachung, Ausbau und ständige Sanierung unseres Abwassersystems.
- Erhaltung der Lebensräume von Pflanzen und Tieren im gesamten Stadtgebiet.
- Weiterentwicklung eines attraktiven ÖPNV
- Klimaschutz und energetische Sanierung
- Umweltschutz als Pflichtaufgabe bei Stadtentwicklung
- Sanierung von Flächen mit Altlasten

### Projekte

- Stärkung , dezentraler städtischer Energieversorger
- Klimaschutz und Energiemanagement weiterentwickeln
- Umweltmanagement weiterentwickeln

- Mobilität und Stadtentwicklung
- E-Fahrzeuge fördern – z.B. keine Parkgebühren für e-Autos für eine Übergangszeit
- Fahrradverkehrssystem weiter ausbauen
- Lärmkataster und Lärmkarten fertigstellen und auswerten

# **Auszüge aus den Handlungsfeldern der einzelnen Stadtteile**

---

## Edigheim

- Weitere Sanierungsmaßnahmen an Schulgebäuden und an Sporthallen
- Ausweitung der Bebauungsmöglichkeiten in Edigheim (wie z.B. Im Zinkig oder Deichstraße)
- Ausbau des Radweges zwischen Edigheim und Neubaugebiet Melm
- Busanbindung zwischen Oppau, Edigheim, Pfingstweide und Frankenthal
- Förderung der Vereine (z.B. Zuschüsse bei der Sanierung und Bauunterhalt von vereinseigenen Sportanlagen)
- Fortführung des Straßenausbau-Programm
- Stärkung des Ehrenamtes

Das gesamte Programm ist unter [www.spd-oppau.de](http://www.spd-oppau.de) im Internet abrufbar.

## Friesenheim

- ÖPNV ausbauen und Entlastung vom Hochstraßen-Ausweichverkehr frühzeitig planen
- Anwohner- und Lärmschutz auf den Durchgangsstraßen durchsetzen
- Anwohner- und Lärmschutz vor dem Güterzugverkehr ermöglichen
- Familien, Vereine und die junge Generation stärken
- Ältere und pflegebedürftige Menschen vor Ort unterstützen
- Einkaufen, Laufen und Radfahren erleichtern
- Mittelstand, Handwerk und Gewerbe fördern
- Wohnumfeld, Umwelt und Natur schützen und besser pflegen

Das gesamte Programm ist unter [www.spd-lu-friesenheim.de](http://www.spd-lu-friesenheim.de) im Internet abrufbar.

## Gartenstadt

- Radwegenetz in der Gartenstadt ausweiten.
- Errichtung eines Treffpunktes für Jugendliche.
- Sicherung und Ausbau der ärztlichen Versorgung (Hautarzt).
- Verbesserung des Lärmschutzes an der A640.
- Verbesserung der Rad- und Fußwege im Maudacher Bruch.
- Verbesserung des ÖPNV in der Ernst Reuter Siedlung.
- Instandsetzung der Kinderspielplätze und Anschaffung Kind gerechter Spielgeräte.
- Sanierung des Ernst Reuter Parks.
- Insgesamt bessere Pflege der Grünflächen in der Gartenstadt.

Das gesamte Programm ist unter [www.spdgartenstadt.de](http://www.spdgartenstadt.de) im Internet abrufbar.

## Maudach

- Die Schließung der Baulücken in Maudach sehen wir weiterhin vorrangig zu einem Maudacher Neubaugebiet.
- Die Pflege und Instandhaltung des Brunnens in der Ortsmitte muss trotz prekärer Haushaltsslage beibehalten werden.
- Beim Schülerverkehr der Linie 73 soll die notwendige Platzkapazität in den Bussen weiterhin vorgehalten werden.
- Die Ansiedlung von Firmen im Gewerbegebiet südlich der Umgehungsstraße muss weitergeführt werden
- Die vorbildliche Jugendarbeit in den Maudacher Vereinen, der Kirchen und der Arbeiterwohlfahrt mit dem offenen Jugendtreff, soll weiter unterstützt werden.
- Die Maudacher Vereine und andere Institutionen.

- Zum Erhalt der Wege im Maudacher Bruch ist ein umfassendes Konzept erforderlich.
- Der Ausbau von Gehwegen und die Absenkung von Randsteinen soll fortgesetzt werden.

Das gesamte Programm ist unter [www.spdmaudach.de](http://www.spdmaudach.de) im Internet abrufbar.

### **Mundenheim**

- Ganztagsangebote und Inklusion an unseren Schulen mit Schüler/innen, Lehrer/innen und Eltern gemeinsam weiterentwickeln.
- Unterstützung von Familien und Jugendlichen durch Stärkung der vorhandenen Angebote, wie Jugendtreffs, Schul- und Straßensozialarbeit.
- Vom Seniorentreff zum Stadtteilzentrum mit vielfältigem Programm im Franz-Siegel-Haus.
- Öffnung des Posttunnels und Regelhalt der S-Bahn am Mundenheimer Bahnhof sowie Lärmschutzmaßnahmen entlang der Bahn und der B44.
- Sauberer Stadtteil mit einem Grünflächenkonzept und Unterstützung der Vereine an der Blies zur Naherholung.
- Gutes und sicheres Wohnen in Mundenheim mit sanierten Häusern, guten Einkaufsmöglichkeiten, Ärzten und öffentlichem Nahverkehr sowie attraktiven Spielplätzen und regem Vereinsleben.

Das gesamte Programm ist unter [www.spd-mundenheim.de](http://www.spd-mundenheim.de) im Internet abrufbar.

### **Nördliche Innenstadt**

- Miteinander der verschiedenen Kulturen pflegen und ausbauen
- Erlernen der deutschen Sprache wichtig für gute Schulabschlüsse, Ausbildung und Abbau der Jugendarbeitslosigkeit
- Schulsozialarbeit als Pflichtangebot
- Jugendtreffs den gesetzlichen Entwicklungen anpassen und nach Möglichkeit ausbauen.
- Ärztehaus als Zentrum der Gesundheitsvorsorge für Stadtteil West

- Barrierefreiheit von Wohnhäusern und Wohnumfeld bei Umsetzung von Sanierungsplänen.
- Die Ansiedlung eines Bäckers, Drogeriemarktes und ein Lebensmittelgeschäftes in zentraler Lage von West sind anzustreben und zu unterstützen.
- Zur Nahversorgung gehört auch die Wiedereinrichtung einer direkten Busverbindung von West in Richtung Goerdeler Platz.
- Abgestimmtes Verkehrs- und Parkkonzept für die ganze Nördliche Innenstadt
- Endgültiger Beginn der neuen Führung der Straßenbahn Linie 10.  
Barrierefreie Haltestelle für das Klinikum Ludwigshafen
- Konsequente Bekämpfung illegaler Müllablagerung
- Förderung und Unterstützung von Vereinen und Patenschaften, die die Stadtverschönerung zum Ziel haben. (Fußgängerzonen, Plätze und öffentliches Grün.)
- Bei der anstehenden Sanierung der Hochstraße sind die Meinungen, Interessen und Belange der Bürger aus Hemshof, Nord und West zu achten. Wir werden bei den Abriss- und Bauarbeiten immer wieder den Kontakt zu ihnen suchen.

Das gesamte Programm ist unter [www.spd-nord-west.de](http://www.spd-nord-west.de) im Internet abrufbar.

### Oggersheim

- Ausbau der Haupteerschließungsstraßen zum Neubaugebiet Melm (Sudenten- und Mittelpartstraße)
- Keine Anbindung des Individualverkehrs durch das Wohngebiet Notwende/Melm/Weidenschlag nach Oppau/Edigheim
- Erstellung eines Verkehrs- und Stellplatzkonzeptes unter Berücksichtigung der gesamten Verkehrssituation im Stadtteil Oggersheim, u.a. Optimierung des Radwegenetzes
- Erhalt und Schaffung von bezahlbarem Wohnraum unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung
- Stärkung des örtlichen Handels und Gewerbes
- Förderung des Ehrenamts der örtlichen Vereine und des Gemeinschaftslebens

- Förderung der kulturellen Vielfalt in allen Bereichen unserer Gesellschaft

Das gesamte Programm ist unter [www.spd-oggersheim.de](http://www.spd-oggersheim.de) im Internet abrufbar.

### Oppau

- Weitere Aufforstungen im Naherholungsgebiet Grünzug Oppau-Edigheim und der Roßblache
- Baumbestand im Oppauer Park verbessern
- Busverbindung von Oppau über Edigheim, Pfingstweide nach Frankenthal
- Fortführung des Straßenausbau-Programm
- Verbesserung der Einkaufssituation
- Moderate Ansiedlung von Gewerbebetrieben
- Arrondierende Wohnbebauung im Westen von Oppau
- Förderung des Vereinslebens

Das gesamte Programm ist unter [www.spd-oppau.de](http://www.spd-oppau.de) im Internet abrufbar.

### Pfingstweide

- Zügige Neugestaltung und Bebauung der Ortsmitte  
Hier sollte familienfreundliche Reihenhausbebauung sowie die Schaffung von barrierefreien Wohnungen, auch für Senioren, im Vordergrund stehen.
- Erhaltung von ortsnaher Nahversorgung
- Verbesserung der Straßenzustände nach dem Straßenausbauprogramm, beginnend im Brüsseler Ring und weiterführend insbesondere in den Hauptverkehrsstraßen.
- Zur weiteren Unterstützung des Vereinslebens im Stadtteil, ist der Erhalt des Gemeinschaftshauses notwendig.  
Ebenso die Förderung der Vereine, Jugendfreizeitstätte und der Jugendfarm.
- Eine Busverbindung zwischen den nördlichen Stadtteilen nach Frankenthal ist, auch im Interesse einer schnelleren Anbindung an die S-Bahn, anzustreben.

- Längerfristig ist die Anbindung der Pfingstweide mit einer Stadtbahnlinie über Edigheim nach Oppau notwendig. Vorrangig ist die Trassenfreihaltung

Das gesamte Programm ist unter [www.spd-pfingstweide.de](http://www.spd-pfingstweide.de) im Internet abrufbar.

### **Rheingönheim**

- ÖPNV-Anbindung sichern und verbessern, u. a. durch Einführung von Regelhalten der S-Bahn-Linien S1 – S4
- Verbesserung der Wohn-und Lebensqualität, z. B. durch seniorenrechtliche Sanierung des Heinrich-Wälker-Hauses
- Sicherung und Ausbau der fußläufigen Nahversorgung und der ärztlichen Versorgung im Ortszentrum und in den Gebieten Sandloch und Mörschgewanne
- Ausbau des Radwegenetzes im Stadtteil z.B. Richtung Altrip
- bedarfsgerechte Ausstattung der Mozartschule und der Kindertagesstätten
- Unterstützung der Vereine bei ihren Aktivitäten und der Jugendarbeit sowie der Pflege der vereinseigenen Anlagen
- Erhalt des Wildparks in kommunaler Regie mit familiengerechten Eintrittspreisen
- keine Autobahn oder Schnellstraße durch unsere Naturschutzgebiete und Feldflure
- Hochwasserschutz für Rheingönheim, insbesondere am Rehbach

Das gesamte Programm ist unter [www.spd-rheingoenheim.de](http://www.spd-rheingoenheim.de) im Internet abrufbar.

### **Ruchheim**

- Entlastung des Ortskerns von Ruchheim von Durchgangsverkehr durch den Bau des Pfalzmarktweges, den Bau einer Ortsumgehung

- der Ertüchtigung der Verkehrsinfrastruktur vor Beginn der Baumaßnahmen in den Gewerbegebieten „Ruchheim Nord-West“ und „Im Römig“ und den Anschluss des Gewerbegebietes „Im Römig“ an die A 61.
- Minimierung des Individualverkehrs durch Sicherung des Angebotes des ÖPNV, die Erhöhung des Angebotes von Park- und Ride-Plätzen (für Pkw und Fahrräder) und der Ausbau des Radwegesystems.
- Schaffung von individuell bezahlbarem Wohnraum mit den Schwerpunkten „Junge Familien“ und „seniorengerechtes Wohnen“ durch Weiterentwicklung des Neubaugebietes „Ruchheim Nord-Ost“ und das Schließen von Baulücken
- Steigerung der Attraktivität des Ortsbildes durch die Pflege von Spielplätzen, Grünanlagen und sonstigen öffentlichen Flächen sowie der Erhalt des Naherholungsgebietes „Vogelwiese“
- Erhalt von sozialen Einrichtungen als Orte der Begegnung mit den Schwerpunkten Jugendfreizeitstätte, Seniorentreff, Stadtteilbibliothek und Gemeinschaftshaus.

Das gesamte Programm ist unter [www.spd-ruchheim-lu.de](http://www.spd-ruchheim-lu.de) im Internet abrufbar.

### **Südliche Innenstadt**

- Sicherung einer ausreichenden Versorgung mit KITA und Hortplätzen.
- SPD „Südliche Innenstadt“ fordert eine zukunftsorientierte Innenstadtpolitik.
- Unterstützung des Einzelhandels, alternativ Umwandlung von Leerständen in Wohnraum.
- Mehr öffentliche WCs in der Innenstadt.
- Verbesserung der Rahmenbedingungen für das Ehrenamt.
- Verbesserung der Parksituation für Bewohner der Innenstadt.
- Pflege der Grünanlagen (zeitnahe Wiederherstellung des Stadtparkgeländes nach Veranstaltung, bessere Ausleuchtung der Problemzonen unterhalb der Hochstraße Süd).

Das gesamte Programm ist unter [www.spd-mitte-süd.de](http://www.spd-mitte-süd.de) im Internet abrufbar.

# Wahlprogramm der JUSOS

Bei der Kommunalwahl am 25. Mai 2014 kandidieren insgesamt acht Jusos auf der Stadtratsliste der SPD. Das zeigt die Wertschätzung der SPD gegenüber der Arbeit ihrer Jugendorganisation. Des Weiteren zeigt es: Die SPD ist für junge Menschen attraktiv.

Auch für die Kommunalwahl 2014 bringen wir Jusos wieder eigene inhaltliche Schwerpunkte in die SPD ein. Für uns Jusos stehen 2014 die Themen Bildung, ein attraktiver öffentlicher Personennahverkehr, bezahlbarer Wohnraum und eine eigenständige kommunale Jugendpolitik, die dieser jungen Stadt gerecht wird, im Fokus.

## **Attraktiver ÖPNV**

Ein attraktives Angebot im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ist ein wichtiger Standortfaktor und stellt eine wichtige Daseinsvorsorge für die Menschen dar. Außerdem bietet ein attraktives ÖPNV-Angebot eine wichtige Alternative zum Individualverkehr auf der Straße und leistet darüber hinaus einen Beitrag zum Schutz der Umwelt. Insbesondere mit Blick auf den Abriss der Hochstraße Nord und den Bau einer neuen Ersatzstraße ist der öffentliche Personennahverkehr weiter zu stärken und noch attraktiver auszugestalten.

Die Jusos Ludwigshafen setzen sich für eine Verkürzung der Taktzeiten in den Hauptverkehrszeiträumen von einem 10-Minuten-Takt auf einen 5-Minuten-Takt ein. Insbesondere während der Bauzeit (mindestens acht Jahre) der Ersatzstraße für die Hochstraße Nord muss der ÖPNV einen Beitrag zur Verkehrsentslastung leisten, um einem Chaos vorzubeugen.

Mit Blick auf den Pendlerverkehr aus dem Umland setzen sich die Jusos außerdem für eine Stärkung der S-Bahn und der Rhein-Hardt-Bahn (Stadtbahnlinie 4) ein.

Außerdem fordern die Jusos Ludwigshafen einen Prüfauftrag, um den bestehenden stillgelegten Straßenbahntunnel zwischen Hauptbahnhof – Danziger Platz – Rathaus (ehemals Linie 12) langfristig für eine mögliche Reaktivierung vorzuhalten. Mit Blick auf die Entwicklung rund um eine Ersatzstraße sollte diese Option erhalten bleiben.

Wir Jusos Ludwigshafen sind der Meinung: Alle Menschen haben einen Anspruch auf Mobilität. Sie ist ein wichtiger Baustein, um Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Es darf nicht sein, dass Menschen aufgrund geringer finanzieller Mittel davon ausgeschlossen werden.

Die Jusos Ludwigshafen unterstützen ausdrücklich die von der SPD angestoßene Initiative zur Einführung eines Sozialtickets in der Rhein-Neckar-Region. In enger Abstimmung mit dem Verkehrsverbund Rhein-Neckar (VRN) und den anderen beteiligten Kommunen und Landkreisen ist die Einführung eines Sozialtickets möglich.

Eine gute Vernetzung der Angebote der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (RNV) mit Angeboten anderer Verkehrsunternehmen in der Region ist für einen attraktiven ÖPNV wichtig. Dabei geht es um die Abstimmung von Fahrplänen um unnötige Wartezeiten möglichst zu vermeiden, aber auch um die Fragen einer besseren Verknüpfung.

Die Jusos Ludwigshafen setzen sich für eine bessere Vernetzung der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (RNV) mit anderen regionalen Verkehrsunternehmen ein.

## **Fahrradstadt Ludwigshafen**

Günstig und umweltfreundlich mobil sein kann man außerdem mit dem Fahrrad. Insbesondere in der Ludwigshafener Innenstadt ist die Ausgestaltung des Radwegenetzes aktuell allerdings unbefriedigend. Wir Jusos wollen, dass Ludwigshafen zu einer Fahrradstadt wird.

Die Jusos Ludwigshafen setzen sich für einen Ausbau des Radwegenetzes, für die Schließung von Lücken im bestehenden Radwegenetz und für ein Werben um ein privatwirtschaftliches Engagement zur Einführung eines Fahrradverleihsystems ein.

## **Gute Bildung**

In den vergangenen Jahren ist es dank großer Anstrengungen gelungen notwendige Sanierungen an den Schulen in Ludwigshafen vorzunehmen. Beispielhaft ist dabei die Erich-Kästner-Grundschule zu nennen, die sich momentan noch in der Sanierung befindet. Auch im Bereich der technischen Infrastruktur konnten Fortschritte erzielt werden. Unter anderem durch die finanzielle Unterstützung des Landes Rheinland-Pfalz im Rahmen des Programms

„Medienkompetenz macht Schule“. Nichtsdestotrotz sind in einigen Schulen sowohl der bauliche Zustand als auch die technische Infrastruktur unbefriedigend.

Die Jusos Ludwigshafen fordern, dass die Sanierung der Ludwigshafener Schulen weiter vorangetrieben wird. Zur Förderung der Medienkompetenz ist eine angemessene technische Infrastruktur der Schulen erforderlich. Die technische Infrastruktur in den Schulen soll so weiterentwickelt werden, dass in möglichst allen Unterrichtsräumen die Arbeit mit den neuen Medien und dem Internet im Unterrichtsalltag möglich wird. Medienkompetenz ist zentral für die beruflichen Chancen von Jugendlichen. Zusätzlich sollten die Schüler bereits in der Grundschule unter Aufsicht mit dem Internet in Berührung kommen, um einen verantwortungsvollen Umgang mit diesem Medium zu erlernen – auch hierfür bedarf es der entsprechenden Ausstattung.

Mit 23 Grundschulen, sechs Realschulen plus, sechs Gymnasien, drei integrierten Gesamtschulen, vier Förderschulen und sechs Berufsbildenden Schulen verfügt Ludwigshafen über eine breite Schullandschaft. Von den Berufsbildenden Schulen abgesehen gibt es zudem für jede Schulform mindestens eine Schule mit Ganztagsangebot. Insgesamt verfügt Ludwigshafen über sieben Schulen mit Ganztagsangebot. Trotzdem wurde die Schulstruktur der Stadt in den vergangenen Jahren vor allem beim Übergang der Kinder auf eine weiterführende Schule der Nachfrage von Eltern und Kindern oftmals nicht gerecht. Alleine bei den Anmeldungen für das Schuljahr 2013/14 mussten 192 Schülerinnen und Schüler, die für eine Gesamtschule angemeldet waren, abgelehnt werden.

Die Jusos Ludwigshafen fordern die Überprüfung der Schulstruktur in Ludwigshafen. Gegebenenfalls muss es zu einer Anpassung kommen, die dem Elternwillen Rechnung trägt.

### **Ludwigshafen als Hochschulstandort stärken!**

Die Hochschule Ludwigshafen hat sich in den vergangenen Jahren sehr positiv entwickelt. Mittlerweile studieren rund 4.500 Studierende in Ludwigshafen. Das Studienangebot wird sehr gut angenommen, sodass die Bewerberzahlen die Studienplatzkapazitäten deutlich überschreiten. Vor diesem Hintergrund ist es sehr zu begrüßen, dass am Hauptstandort an der

Ernst-Boehe-Straße eine Campus-Erweiterung geplant ist, die allerdings erst in rund fünf Jahren fertig sein soll. An der Ernst-Boehe-Straße gilt es mit der Hochschule, den angrenzenden Unternehmen und den Berufsschulen das Wissenschafts-, Bildungs- und Wirtschaftszentrum auszubauen. Die Hochschule Ludwigshafen kann mit ihren Kompetenzen Rat- und Impulsgeber für die Politik sein. Hierfür ist die Expertise im Bereich Gesundheitswesen und Pflege zu nennen. Diese zeigt sich unter anderem durch die 2013 am Standort der Hochschule angegliederte, neu gegründete „Pflegekammer Rheinland-Pfalz“. Außerdem verfügt die Hochschule über Kompetenzen im arbeitsmarktpolitischen Bereich. Das Kompetenzzentrum „Zukunftsfähige Arbeit Rheinland Pfalz“ ist hier angegliedert.

Die Jusos Ludwigshafen betrachten die Entwicklung der Hochschule als große Chance, von der die gesamte Stadt profitieren kann. Damit dies gelingt, gilt es in den kommenden Jahren die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Dazu zählen folgende Punkte:

- Schaffung von bezahlbarem studentischem Wohnraum durch den zentrumsnahen Bau eines Studentenwohnheims. Hierbei gilt es die GAG als städtische Wohnungsbaugesellschaft in die Pflicht zu nehmen.
- Bessere Anbindung der Hochschule und der angrenzenden Berufsschulen an den öffentlichen Personennahverkehr.
- Öffnung des Posttunnels, um eine schnelle Verbindung für Fußgänger und Fahrradfahrer zwischen der Hochschule und den Berufsschulen an der Großen Blies und den Stadtteilen Süd, Mitte und Mundenheim Nord, sowie dem Hauptbahnhof zu gewährleisten.
- Zur besseren Vernetzung von Hochschule und Stadtverwaltung und um Kompetenzen besser nutzen zu können, ist die Schaffung einer Stelle für einen „Beauftragten für Hochschulfragen“ zu prüfen.

## **Eigenständige Jugendpolitik – Freiräume schaffen, Chancen eröffnen, Demokratie stärken!**

Jugendarbeit ist als Daseinsvorsorge zu erhalten und weiterzuentwickeln! Deshalb wollen wir Vereine, Jugendverbände, Jugendinitiativen und Jugendzentren in ihren Strukturen fördern und stärken. Für Ehrenamtlichkeit und Engagement benötigen junge Menschen auch „Freiräume“ und demokratische sowie politische Partizipationsmöglichkeiten. Leider ist ehrenamtliches Engagement nach wie vor sehr stark bildungs- und schichtabhängig. Jugendlichen aus benachteiligten Familien stehen oft formelle und informelle Hürden im Weg. Das ist leider auch in Ludwigshafen teilweise der Fall.

Für die Jusos ist klar: Kein Jugendlicher darf vom Engagement ausgeschlossen werden. Deshalb setzen sich die Jusos für den Erhalt und die Weiterentwicklung bestehender Jugendeinrichtungen ein. Außerdem ist die Gründung eines Jugendstadtrats zu prüfen, der jungen Menschen die Möglichkeit der demokratischen Mitbestimmung einräumt. Die Einführung einer Ehrenamtskarte für alle Generationen ist zu prüfen.

Der Sport erfüllt generationenübergreifend wichtige gesellschaftliche Aufgaben. Er wirkt integrierend. Insbesondere Jugendliche lernen hier oft spielerisch Teamfähigkeit und können Aggressionen abbauen. Und Sport hat natürlich auch eine gesundheitsfördernde Wirkung: Er fördert Beweglichkeit, wirkt Übergewicht entgegen und verhindert Haltungsschäden.

Die Jusos Ludwigshafen setzen sich für die Förderung des Sports ein. Zuschüsse für Sportvereine müssen trotz finanzieller Probleme erhalten bleiben. Sportvereine erfüllen eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe und tragen zur Daseinsvorsorge bei.

Jugendliche brauchen Freiräume. Deshalb ist gerade in größeren Städten die Nachfrage nach Grünanlagen und Freiflächen groß. Diese Räume gilt es in Ludwigshafen zu schützen, zu erhalten und auszuweiten. Naherholungsmöglichkeiten sind weiterzuentwickeln.

Aus nicht nachvollziehbaren Gründen gibt es in Ludwigshafen keinen öffentlichen Grillplatz. Es ist bekannt, dass viele Bürger das Grillverbot an diversen Orten missachten, wobei dieser Umstand seitens der Verwaltung mehrheitlich geduldet wird. Nicht selten geht das Grillen mit

massiver Verschmutzung einher, weshalb für die Reinigung hohe Kosten entstehen. Die Jusos Ludwigshafen sind überzeugt davon, dass ein öffentlicher Grillplatz bei BürgerInnen ein größeres Ordnungsbewusstsein hervorrufen würde und unterm Strich allenfalls geringfügige (vertretbare) Mehrausgaben zu verzeichnen wären.

Die Jusos Ludwigshafen setzen sich für die Einrichtung eines öffentlichen Grillplatzes ein, der grundsätzlich jedem offen stehen sollte. Grün- und Freiflächen sind zu schützen, zu erhalten und sollten als Freiraum jedem zur Verfügung stehen.

# **Kandidatinnen und Kandidaten für den Stadtrat**

---

	<b>Name</b>	<b>Ortsverein</b>
1	Heike Scharfenberger	Ruchheim
2	Hans Mindl	Oggersheim
3	Anke Simon	Mundenheim
4	Günther Henkel	Friesenheim
5	Holger Scharff	Mundenheim
6	Julia May	Rheingönheim
7	Udo Scheuermann	Oppau
8	Hayat Erten	Oggersheim
9	Antonio Priolo	Nord West
10	David Schneider	Südliche Innenstadt
11	Barbara Baur	Oggersheim
12	Andreas Rennig	Gartenstadt
13	Gabriele Albrecht	Pfingstweide
14	Bernd Laubisch	Südliche Innenstadt
15	Hans-Jürgen Bott	Maudach
16	Eva Kraut	Friesenheim
17	Frank Meier	Oppau
18	Romina Wilhelm	Nord West
19	Markus Lemberger	Niederfeld
20	Georgios Hondralis	Nord West
21	Christian Schreider	Friesenheim
22	Peter Massar	Edigheim
23	Hildegard Springer	Südliche Innenstadt
24	Hans-Joachim Weinmann	Nord West
25	Sandra Leib	Nord West
26	Margot Steeger	Südliche Innenstadt
27	Stefan Klee	Gartenstadt
28	Ursula König	Oggersheim
29	Frank Dudek	Oggersheim
30	Baris Yilmaz	Mundenheim
31	Martina Blaufuß	Oppau
32	Georgios Vassiliadis	Nord West
33	Monika Schrader	Ruchheim
34	Harald Kentrup	Gartenstadt
35	Jan Philipp Simon	Mundenheim
36	Christel Aderhold	Friesenheim
37	Michael Hwasta	Ruchheim
38	Natascha Schmitt	Südliche Innenstadt
39	Hubert Seipolt	Edigheim
40	Osman Gürsoy	Nord West



41	Gerlinde Lehr	Edigheim
42	Werner Kempf	Niederfeld
43	Benjamin Weber	Maudach
44	Rudi Jacob	Südliche Innenstadt
45	Sigrid Anna Stenzenberger	Edigheim
46	Zeki Acikgoez	Pfingstweide
47	Stephanie Seelinger	Pfingstweide
48	Sebastian Schröer	Nord West
49	Christopher Hanna	Friesenheim
50	Irene Heiler	Oppau
51	Christoph Bätz	Südliche Innenstadt
52	Gabriele Altengarten	Nord-West
53	Kurt Sippel	Maudach
54	Kurt Sauerhöfer	Oggersheim
55	Sara van de Loo	Nord West
56	Adrian Vieth	Friesenheim
57	Paul Ludwig	Südliche Innenstadt
58	Siegward Dittmann	Ruchheim
59	Friedrich Poh	Pfingstweide
60	Wolfgang Bredthauer	Mundenheim
61	Björn Pfrengle	Oggersheim
62	Dieter Rüth	Oggersheim
63	Armin Roth	Oppau
64	Heinz Wagenblatt	Ruchheim
65	Peter Eisenberg	Ruchheim